



Sie revolutionierten die Pflanzenzucht: Nobelpreis für zwei Forscherinnen

Seite 45



Der Campingbus ist die Ideallösung für Reisefans der Gegenwart

Magazin



Katie Melua hat ihre Scheidung zu Songs verarbeitet

Seite 53

# NZZ am Sonntag

11. Oktober 2020 | Nr. 41 | NZZaS.ch | Fr. 6.50 | € 6.50

## Gleichstellung als Ziel: FDP will Steuersystem umkrempeln

Die FDP-Frauen starten eine Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Sie fordern damit direkt die Mittepartei CVP heraus.

**Daniel Friedli, Andrea Kučera**

Seit bald 20 Jahren wird darüber diskutiert, nun handeln die FDP-Frauen. Sie lancieren nächstes Jahr eine Volksinitiative, wonach Ehepaare künftig getrennt zu besteuern sind. «Wir wollen nun ein Ausrufezeichen setzen, damit in dieser Sache endlich verbindlich etwas geht», erklärt Susanne Vincenz-Stauffacher, St. Galler Nationalrätin und neue Präsidentin der FDP-Frauen. Denn das gegenwärtige Steuersystem bestraft Ehepaare mit zwei Einkommen und behindert so das berufliche Engagement der Frauen. «Es ist höchste Zeit, dass wir das ändern», sagt Vincenz-Stauffacher, auch im Sinne einer effektiven Gleichstellung.

Damit zeichnet sich nun ab, dass es 2021, 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts, zu einem Showdown um Ehe, Steueranreize und Familienbilder kommt. Denn auch die CVP will

die steuerliche Heiratsstrafe abschaffen. Nach einem unglücklichen ersten Versuch plant auch sie dazu nochmals eine Volksinitiative. Allerdings setzen die Christlichdemokraten auf einen anderen Weg: Sie fordern, dass Ehepaare auch künftig als wirtschaftliche Einheit und gemeinsam besteuert werden, einfach zu einem günstigeren Tarif. Denn für sie läuft die Individualbesteuerung auf eine Hausfrauenstrafe hinaus. «Sie diskriminiert Ehepaare mit nur einem Einkommen und bestraft damit die klassische Familie», sagt CVP-Ständerat Pirmin Bischof.

Dem widerspricht Vincenz-Stauffacher. «Ein Ja zur Individualbesteuerung heisst nicht, dass wir die Ehe oder die Familie infrage stellen», sagt sie. Es gehe den FDP-Frauen um Steuergerechtigkeit und darum, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Und dazu sei die Individualbesteuerung ein gutes Mittel. Experten schätzen, dass es sich bei einem Systemwechsel für jede siebte erwerbstätige Frau lohnen würde, ihr Pensum um 20 Prozent zu erhöhen.

Seite 9



## Der grosse Test

Diese Woche hat die Zahl der Corona-Infektionen einen neuen Höchststand erreicht. Und doch herrscht vielerorts Sorglosigkeit. Droht uns jetzt die zweite Welle? Wie geht das Land damit um? Eine Reise durch die Schweiz in einer kritischen Phase - und in das Testzentrum am Euroairport Basel.

Seite 10, 17

## Nur jeder vierte Hotelier befürchtet keinen Konkurs

Für die Schweizer Hotellerie wird es eng. Touristen aus dem Ausland bleiben aus, Einheimische können die Lücke nicht füllen. Laut einer neuen Umfrage des Verbands Hotelleriesuisse sehen fast acht Prozent der Hotelbetreiber ein akutes Risiko, pleitezugehen. Nur ein Viertel sieht in der momentanen Situation keine Bedrohung für den eigenen Betrieb.

Die Angst hat seit Juni, als die Grenzen in Europa wieder aufgingen, deutlich zugenommen. Für den Arbeitsmarkt sind das trübe Aussichten. 37 Prozent der befragten Betriebe sehen sich gezwungen, in den nächsten Mona-

ten Personal zu entlassen. Das Hotel- und Gastgewerbe gilt mit rund 260 000 Beschäftigten, darunter überdurchschnittlich viele Frauen, als wichtiger Arbeitgeber.

Das Hauptproblem: Den Hotels geht das Geld aus, aber sie können kein neues mehr beschaffen. «Die Betriebe brauchen Sauerstoff. Auf dem Kapitalmarkt finden sie ihn nicht», sagt Claude Meier, Direktor von Hotelleriesuisse. Obwohl zwei Drittel der Hotels einen Überbrückungskredit beantragt haben, verpuffen die Hilfsmassnahmen. (mkf.)

Seite 23



## Vier Jahre unter Donald Trump brachten nicht das Ende der Welt, aber vielleicht das Ende von Amerika, wie wir es kennen.

**Gordana Mijuk** zieht eine Bilanz der Amtszeit des amerikanischen Präsidenten. Seite 15

## 31-jähriger Brite verzockt Millionen im Casino – die Aufsicht sieht kein Problem

Mehrere Millionen Franken verspielt ein junger Brite im Zürcher Casino, ohne dass ihn jemand daran hindert. Wurde die Sorgfaltspflicht verletzt? **Rafaella Roth**

In zwei Nächten innerhalb von sechs Monaten verspielt ein Brite Millionen. Gesperrt wird der 31-jährige Spieler erst, als sein Jetonkonto ganz leer ist und er Fragen zu stellen beginnt. Das Casino soll ihm mehrere Taxifahrten spendiert haben, damit er Geld holen konnte, behauptet er, und in der Nacht, in der er innert Stunden

1,5 Millionen Franken verlor, soll er persönlich eine Spiellimite verlangt haben, die ihm jedoch nicht gewährt wurde. Das Casino will sich zu den Details des Falls nicht äussern, betont aber, man nehme den Sozialschutz sehr ernst.

Zu den Schutzkonzepten gehören Massnahmen wie Spielerrückstellungen und Ausgabenlimiten. Die Casinos müssen solche Konzepte vorlegen, um überhaupt eine Konzession für Geldspiele zu erhalten. Die Einhaltung der Massnahmen prüft die Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK). Sie wird vom Thurgauer Alt-Ständerat Hermann

Bürgi (SVP) präsidiert, und ihr gehören weitere bekannte ehemalige Mitglieder des nationalen Parlaments an.

Für den Fall des Briten fühlt sich die ESBK aber nicht zuständig. Ob Ermittlungen stattgefunden haben, ist nicht ganz klar. Das wirft Fragen auf. Vom guten Spieler- und Sozialschutz der Schweizer Casinos war vor der Abstimmung zum Geldspielgesetz vor zwei Jahren viel die Rede. Ausländische Online-Casinos wurden aus diesem Grund vom Schweizer Markt ausgesperrt.

Seite 18

